

Ergänzungsvorschlag (gelb markiert) zu dem Kapitel „Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat“ auf Seite 58:

Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. Wir brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Wir fordern die Abschaffung erniedrigender Bedürftigkeitsprüfungen sowie ein Ende des Zwangs, untertariflich bezahlte oder der eigenen Qualifikation nicht angemessene Arbeit anzunehmen.

Gemeinsam mit den Erwerbsloseninitiativen und anderen gesellschaftlichen Bündnispartnern wird DIE LINKE weiterhin die Möglichkeit prüfen, langfristig im Rahmen einer nachhaltig wirtschaftenden und sozial integrierten, hoch produktiven Gesellschaft das Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen bspw. durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens von der Erwerbsarbeit zu entkoppeln.

Um Menschen mit Behinderung die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ...

Begründung:

Die Frage nach der Positionierung der Partei zu dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens als mögliches langfristiges politisches Ziel wurde in den Programmatischen Eckpunkten als offene, weiter zu diskutierende Frage aufgeführt. Unabhängig davon, ob man der Idee befürwortend oder ablehnend gegenübersteht, kommt man nicht umhin, zu konstatieren, dass die diesbezügliche Debatte in weiten Teilen unserer Partei und in Teilen der Gesellschaft insbesondere in dem für DIE LINKE strategisch wichtigen Erwerbslosenspektrum weiterhin geführt wird und keineswegs abgeschlossen ist. Da offensichtlich noch erheblicher Diskussionsbedarf existiert, sollte durch eine vollständige Ausblendung dieser Frage im zukünftigen Parteiprogramm nicht der falsche Eindruck erweckt werden, die Frage wäre bereits beantwortet und DIE LINKE würde sich dieser Diskussion nicht stellen.